

Die Marburger SPD

Initiativantrag zum Parteitag am 13. Mai 2011

Nummer I1	Thema Behörden in Marburg
Antragsteller Vorstand	Adressat Marburger SPD, SPD-Fraktionen in Stadtparlament, Kreistag Marburg- Biedenkopf und Hessischem Landtag, Magistrat
Datum Eingang 13.05.2011	Votum Einstimmig ohne Enthaltungen

Bürgernahe Verwaltungsstrukturen erhalten

Wir fordern die SPD-Fraktion in der Marburger Stadtverordnetenversammlung, die SPD-Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf, die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, den Magistrat der Universitätsstadt Marburg und alle Genossinnen und Genossen auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das Land Hessen seiner Verantwortung gerecht wird und eine bürgernahe Verwaltungsstruktur erhält.

Die Schließung des Marburger Arbeitsgerichts darf nicht stattfinden!

Die Verlagerung des Staatlichen Schulamts darf nicht erfolgen!

Die Schließung des Studienseminars ebenfalls nicht!

Begründung

Seit Jahren erleben wir eine Konzentration von Landesbehörden und die Aufgabe von Standorten in Marburg. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber ein Recht auf wohnortnahe Verwaltung, auch von Landesbehörden. Dies gilt umso mehr, wenn Marburg seiner Funktion als Oberzentrum gerecht werden soll. Kurzfristige Einsparziele der Landesregierung dürfen nicht zu Lasten der Menschen gehen, die längere Wege zu ihrem Recht, zu ihren Anliegen, zu ihrer Interessenwahrnehmung in Kauf nehmen müssen. Große, entfernte Behördenstandorte bedeuten immer auch Anonymität. Die Möglichkeiten des Internet sind kein Ersatz für Bürgernähe!